

Lutz Brangsch

Sozialismus als Politik des Übergangs

Zum Verhältnis von Markt und gesellschaftlicher Planung

1.

Auf die Frage nach dem Verhältnis von Markt und gesellschaftlicher Planung gibt es bis heute keine zufriedenstellenden Antworten – weder in praktischer noch in theoretischer Hinsicht. Die Diskussion ist vielmehr hochgradig ideologisch belastet. Die Probleme der Planung im Realsozialismus werden oft der Unfähigkeit der Planenden, fehlender Rechentechnik oder anderen „technischen“ Ursachen zugeschrieben. Die realen ökonomischen Probleme und Widersprüche verschwinden hinter diesem ideologischen Vorhang. Davor ist man dann in der Lage, ein neues Modell zu präsentieren, das vermeintlich besser funktionieren würde.

Das Bedürfnis nach einem neuen, umfassenden Planungsmodell ist verständlich. Modellen der Veränderung sozialer Praxen ist es jedoch eigen, dass sie von bestimmten Verhältnissen abstrahieren müssen. Gerade in den Abstraktionen und Restriktionen eines Modells schlagen sich ideologische und kulturelle Annahmen, oft auch Stereotype und Glauben, nieder. Wenn man sich mit Fragen des Übergangs zwischen verschiedenen Etappen gesellschaftlicher Entwicklung befasst, gerät man immer in das Spannungsfeld von Wissenschaft und Utopie.

Übergängen ist es eigen, dass sich mit der Veränderung von wichtigen gesellschaftlichen Beziehungen und Institutionen die Interessen und Motive der Akteure ändern. Die Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeiter usw. sind in einem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ihrer sozialen Qualität nach andere. Das Zusammenfallen der veränderten Bedingungen mit veränderten Subjekten führt zu einer solchen Breite an Möglichkeiten der konkreten Entwicklung, zu einem breiten Feld auch an Zufälligem, dass heute erdachte Modelle und Institutionen sich schnell als utopisch erweisen werden.

2.

Wir können »den Sozialismus des 21. Jahrhunderts« nicht vorwegnehmen, sondern »nur« Bedingungen des Übergangs beschreiben. Ausgehend von den Erfahrungen des Realsozialismus und alternativer Einzelprojekte lassen sich zudem mögliche Entwicklungsszenarien skizzieren. Es kann folglich nur darum gehen, Übergangsformen darzustellen, nicht die Ganzheitlichkeit eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Eine sozialistische Alternative, über die sich sinnvoll diskutieren lässt, ist in diesem Sinne eine Zeit des Übergangs, die einander widerstrebende ökonomische, politische und kulturelle Merkmale einschließen wird.

Im Sinne des Übergangs bedeutet Sozialismus als politischer Akt erst einmal nicht mehr, als einen neuen politischen Rahmen abzustecken – und damit Umverteilungsprozesse in Gang zu setzen, die Entwicklungschancen für die verschiedenen sozialen Schichten neu bestimmen, Lernprozesse ermöglichen und zerstörerische Tendenzen kapitalistischer Entwicklung unterbinden. Die Frage ist: Wie verändern sich in diesen neuen politischen Rahmensetzungen die Interessen der Betriebskollektive, der einzelnen Beschäftigten etc.? Politische Akteure können nur *Möglichkeiten* eines anderen Verhaltens schaffen – nicht die Wirklichkeit eines anderen Handelns. Sicher kann man im Besitz der Staatsmacht ein anderes Handeln erzwingen. Die bisherigen historischen Erfahrungen sagen aber, dass das nur zu stabilen

Veränderungen führt, wenn sich Interessen und reale gesellschaftliche Verhältnisse wirklich verändern. Andernfalls entfalten sich unter der Oberfläche und in der Hülle neu scheinender Beziehungen alte Verhältnisse. Das macht die Entwicklung allerdings auch aus der Sicht der (selbst)ernannten AvantgardistInnen unberechenbar. Die Lebensweise verändert sich nicht schlagartig. Es werden alte Formen des Handelns praktiziert, die sich erst in einem langen und allseitigen Lernprozess verändern.

Das entscheidende praktische Problem ist vor diesem Hintergrund eine flexible entwicklungsfähige Staatlichkeit. Denn Menschen können eben auch Entwicklungsmöglichkeiten wählen, die aus der Sicht der AvantgardistInnen „falsch“ sind und können tatsächlich oder vermeintliche Entwicklungschancen ausschlagen – das gehört auch zu den Erfahrungen von 1989.

Formen solidarischen Wirtschaftens, Betriebsräte u.ä. können Ansatzpunkte für eine neue Art des Wirtschaftens und der Planung liefern und sind wichtige Orte des Lernens. Überhaupt ist die Schaffung von solchen Möglichkeiten des Lernens zentral in Übergangszeiten. An dieser Einsicht setzte z.B. die Neue Ökonomische Politik (NÖP) in Sowjetrußland an. Als zeitweiliger Rückzug sollte Lernprozessen Raum gegeben werden – die Arbeitermacht sollte lernen zu planen und zu führen; die Bauern sollten lernen, dass Kooperation mit der Staatsmacht vorteilhaft ist; die Beschäftigten in den Unternehmen sollten lernen, sorgfältig und effektiv zu arbeiten. Beim Übergang zur NÖP standen die politischen Notwendigkeiten der Stabilisierung der Sowjetmacht, nicht die politökonomisch korrekte Realisierung eines Modells im Mittelpunkt. Die Marktverhältnisse selbst bildeten sich nicht durch, sondern vor der Verkündung der NÖP heraus. Die NÖP setzte diesen dann einen politischen Rahmen. Als Methode der politischen Arbeit könnte das tatsächlich modellhaft sein.

3.

Mitunter wird die Vorstellung vertreten, man könne den Markt (im Unterschied etwa zu den 1920er Jahren) unter heutigen Bedingungen abschaffen und durch andere Formen des Austauschs ersetzen. Der Markt wird hier als Instrument betrachtet, das der Kapitalist einsetzt, um sein Eigentum zu verwerten. Das erscheint mir eine sehr vereinfachende Vorstellung zu sein.

Sicher gehören Kapitalismus und Markt zusammen – aber nicht in diesem instrumentellen Sinne, sondern als Teile einer Totalität. Markt, kapitalistisches Eigentum, Lohnarbeit usw. gehören zusammen und haben eine gemeinsame Entstehungsgeschichte in der Produktion von Gebrauchswerten als Waren. Die Verallgemeinerung der Warenproduktion als kapitalistische Wirtschaft ist wiederum mit der Entwicklung der Fabriksystems als bestimmter Phase der Entfaltung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verknüpft. Die damit entstehende Akkumulationsweise bringt Marktverhältnisse hervor, die sich immer wieder durchsetzen. Gleichzeitig bringt sie aber auch den Zwang zu Planung hervor – zuerst in den Unternehmen, dann auch auf gesellschaftlicher Ebene.

Bezüglich der gesellschaftlichen Planung in einer zukünftigen Übergangsgesellschaft stellt sich die Frage: Sind die Bedingungen, die Marktverhältnisse hervorbringen, mit einem politischen Umbruch beseitigt? Offensichtlich nicht. Es sind nur Bedingungen geschaffen, privatkapitalistische Markt- und Machtverhältnisse zu überwinden. Neben vielem anderen ist aber vor allem wichtig, dass Produkte weiter als Waren produziert werden. Eine Seite von Warenproduktion ist, dass die Produkte in einem arbeitsteiligen Prozess von voneinander unabhängigen und unter verschiedenen Bedingungen arbeitenden Produzenten erzeugt werden. Unterschiedliche Produktionsbedingungen werden erst beim Aufeinandertreffen der

Produkte im Austausch sichtbar. Erst hier zeigt sich, inwieweit tatsächlich entsprechend dem gesellschaftlichen Bedarf produziert wurde. Damit ist die Existenz von Geld, Kredit und Preis ebenfalls gesetzt. Der für den Kapitalismus prägende Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert besteht also auf neue Weise fort. Nicht nur aus politischen oder ideologischen Gründen (weil Menschen sich weiter so verhalten, wie sie es gewohnt sind), sondern vor allem aus ökonomischen Gründen. Die Akzeptanz dieses Umstandes in der Theorie benötigte etwa 50 Jahre – von den ersten Diskussionen zur Warenproduktion im Sozialismus in den 1920er Jahren bis zur Kanonisierung in den theoretischen Debatten im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen im Realsozialismus ab den 1960er Jahren.

4.

Was kann gesellschaftliche Planung unter diesen Voraussetzungen sein? Planung ist der Versuch, durch bewusstes Gestalten von Bedingungen bestimmtes ökonomisches und soziales Verhalten zu unterstützen. Dabei muss sie Voraussetzungen schaffen, damit sich die Unternehmen selber reproduzieren und entwickeln können und gleichzeitig in den Unternehmen ein Mehrprodukt entsteht, das Grundlage für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse (gesellschaftlicher Konsumtion) ist. Sie ist in diesem Sinne nie Vorwegnahme von konkreten Ergebnissen. Sie schafft bestimmte Möglichkeiten, das Unternehmen zu reproduzieren und mehr oder weniger gesellschaftlichen Anforderungen zu unterwerfen, sich mehr oder weniger solidarisch zu verhalten und nachhaltig zu wirtschaften, usw.

Entscheidend ist, dass sich die Unternehmen, egal welcher Rechtsform, als Warenproduzenten verhalten, die ihre Produkte über den Markt realisieren müssen. Damit stehen sie in einem ökonomischen Wettbewerbsverhältnis zueinander, das im Kapitalismus die Form der Konkurrenz annimmt. Die Konkurrenz ist die Form, in der sich die dem Kapitalismus eigenen Triebkräfte von Innovation, gleichzeitig aber von höchster Destruktivität (Überkapazitäten, Entwertung von Kapital, Bankrotte usw.) durchsetzen. Diese Macht erhält sie dadurch, dass sie beständig die soziale und mitunter auch die physische Existenz der Akteure in Frage stellt, gleichzeitig aber bei Erfolg wenigstens zeitweise Sicherheit gewährleistet. Eine Frage, mit der Planung konfrontiert ist, ist die nach der Stimulierung von Kreativität und Innovation unter politischen Bedingungen, in der die Produzenten selbst die Herrschaft ausüben und sich damit der negative Stimulus der Konkurrenz verbietet. Was heißt also Wettbewerb in einem »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«? Die Antwort auf diese Frage wurde noch nicht gefunden – aber sie ist gerade wiederum aus politischen Gründen zentral. Sie berührt im Kern die Frage nach Lebensweise und Kultur einer anderen Gesellschaft und damit nicht zuletzt die nach ihrer politischen Akzeptanz.

5.

Sprechen wir also von gesellschaftlicher Planung, haben wir es mit einem Prozess zu tun, der sehr widersprüchliche Tendenzen miteinander in Beziehung zu setzen hat. Ein gesellschaftlicher Planungsprozess muss versuchen, nicht einfach unterschiedliche, sondern widersprüchliche Interessen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Planungen in einer zukünftigen Gesellschaft müssen wie auch heutige Planungsprozesse in der Lage sein, den Widersprüchen zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und deren Realisierung in voneinander getrennten Wirtschaftssubjekten zu vermitteln. Heute wird dies durch diverse Formen der Berichterstattung (entweder aus den Verwaltungen heraus oder »von unten«), in konzerninternen Planungsprozessen oder durch Steuer- oder Geldpolitik

versucht zu erreichen, die bestimmten Regulierungs- und Umverteilungszielen folgen. Ausgangspunkt derartiger Planungsprozesse sind letztlich das kapitalistische Unternehmen und seine Entwicklungsbedürfnisse. Dieser Fokus prägt die gesellschaftlichen Vermittlungen, die sich in den Planungsformen niederschlagen. Das Gesellschaftliche erscheint in Planungsprozessen unter kapitalistischen Bedingungen bestenfalls als „Bürgerbeteiligung“ – BürgerInnen werden an der Politik beteiligt, direkte Demokratie erscheint als Beigabe der repräsentativen Demokratie (als Ausdruck der bürgerlichen Demokratie als EigentümerInnendemokratie) und des exekutiven Handelns.

Sprechen wir von einer Übergangsgesellschaft, so würde dies eine Umkehrung der Relationen erfordern: die Entscheidungsprozesse müssten vom Primat der direkten Demokratie (als Ausdruck der politischen Herrschaft der Bevölkerung) hin zur repräsentativen Demokratie und zum exekutiven Handeln aufgebaut werden. Der gesellschaftliche Planungsprozess würde sich so als Beauftragung der Repräsentanten und der exekutiven Organe darstellen. Die staatlichen Planungsaktivitäten wären so aus dem gesellschaftlichen Planungsprozess heraus zu entwickeln. Gesellschaftliche und staatliche Planung (bzw. das Handeln des Staates in Umsetzung gesellschaftlicher Planungsentscheidungen) würden so nicht zusammen fallen. Trotzdem müssten dabei dem Staat Sanktions- und Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um steuernd gegen einzelne Unternehmen im Interesse des definierten Gesamtinteresses einzugreifen.

6.

Wenn man der These folgt, dass wir es mit einer warenproduzierenden Gesellschaft zu tun haben, in der die Unternehmen starken eigenen wirtschaftliche Interessen folgen, diese Unternehmen wiederum wirtschaftsdemokratisch verwaltet werden, stellt sich nicht so sehr das Verhältnis von Planung und Markt, sondern vor allem das Verhältnis zwischen Unternehmen und Staat und der Unternehmen (einschließlich ihrer Belegschaften) untereinander als außerordentlich konfliktträchtig dar. Auf der ökonomischen Ebene wäre so der Staat mit ökonomischen Instrumenten wie Geld und Kredit, mit Normativen und Standards, mit einer straffen Sozial-, Arbeits- und Umweltgesetzgebung wie überhaupt einen funktionierenden Rechtssystem gefordert.

Der sich neu konstituierende Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert wurde etwa in der DDR versucht durch eine strikte staatliche Preispolitik in Kombination mit Vorgaben auf der Ebene des Gebrauchswertes (etwa durch Methoden der Bilanzierung) zu beherrschen. Die dem Warenverhältnis innewohnende Widersprüchlichkeit wurde so aber nicht gelöst, sondern gedeckelt. Letztendlich wurden schließlich die Pläne an die Realität angepasst, sodass die Betriebskollektive trotz bestehender Probleme – Disproportionen, zu geringe Qualität etc. – ihre Jahresendprämien erhielten. Real gab es keine gesellschaftliche Planung, trotz einiger Organe, die dies vermitteln sollten (vor allem auf der lokalen Ebene, gesellschaftliche Beiräte, die Massenorganisationen). Diese Organe waren aber eben keine Organe der Massen und konnten kein politischer Faktor im Sinne eines Gegengewichtes zur staatlichen Planung werden. Dadurch ging für alle wirtschaftlichen Akteure die Beziehung zwischen der eigenen Arbeitsleistung und der eigenen Lebenslage verloren.

Das Austragen von Konflikten und Widersprüchen erfolgte vor den Vertragsgerichten, innerhalb des Staatsapparates sowie der Apparate der verschiedenen Organisationen (vor allem der SED). Da der Apparat der führenden Partei praktisch ein nichtöffentliches Parallelsystem zur staatlichen Planung entwickelte, wurden die Ansätze gesellschaftlicher Planung immer wieder unterlaufen und diskreditiert. Wohl gemerkt – dies mit der durchaus

ernst zu nehmenden Intention, für die Beschäftigten Verbesserungen zu erreichen. Die praktizierte repräsentative Vermittlung zwischen gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen – und hier liegt das Problem – ist aber offensichtlich nur in beschränktem Maße möglich.

7.

Die eigentlich sinnvolle Aufgabe heute kann nur darin bestehen, Ansatzpunkte dafür zu schaffen, dass Menschen schon heute planerische Kompetenz erwerben können. Das betrifft das „Handwerk“ der Planung und gleichermaßen die kulturelle Fähigkeit, mit Widersprüchen umzugehen.

Tatsächlich sehen wir derartige Ansatzpunkte.

An erster Stelle sind Formen der deliberativen Demokratie zu nennen, wie sie sich vor allem im Zusammenhang mit den Bürgerhaushalten in Brasilien und anderen Ländern Südamerikas entwickelt haben. Demokratisierung von Haushaltspolitik bedeutet nicht nur, an einem Knotenpunkt moderner Wirtschaft anzugreifen, sondern auch Lernprozesse zur Steuerung einer Wirtschaft in Gang zu setzen. Zudem bilden die dort entwickelten Verfahren einen in dieser Form eigentümlichen Raum der Interessenabwägung und der Kompromissfindung. Diese Form der direkten Demokratie ist vor allem geeignet, Prioritäten für Haushalts- und sicher auch Wirtschaftspolitik zu setzen. Damit wären Grundlagen nicht nur für staatliches Handeln, sondern auch Rahmen für die Planungsentscheidungen in Unternehmen oder Regionen geschaffen. Wahrscheinlich wäre dieses Modell, das konsequent von der direkten Machtausübung her aufgebaut ist, ein zentraler Baustein einer »Übergangspannung«.

An zweiter Stelle sind Verfahren zu nennen, die heute bereits als »Bürgerbeteiligung« firmieren. Dazu gehören etwa die Jugendhilfe- und Altenplanung, die Beteiligung in der Bauplanung u.ä. Diese, wie auch Sozialberichterstattungen und andere Formen der öffentlichen Analyse, wären in einem anderen politischen Kontext vor allem auch Ansätze der unmittelbaren Verbindung direktdemokratischer und repräsentativ-demokratischer Steuerungsformen.

Drittens sind zweifellos Betriebsräte eine Institution, die Ausgangspunkt einer Demokratisierung von Unternehmensplanungen sein können. Durch die Schaffung von gesellschaftlichen Beiräten wäre hier eine Einbindung in regionale und weitergehende Interessen möglich.

Viertens schließlich operiert Planung mit Statistik – das Messen und Bewerten von wirtschaftlichen Entwicklungen sind entscheidende Machtpositionen. Dafür können die Verfahren der Berichterstattung und des Monitoring hilfreich sein.

Das sind Elemente und Ansatzpunkte, die kein eindeutiges Modell nach sich ziehen. Nur eines ist sicher: Das Verhältnis von Planung, Staat, Markt und Zivilgesellschaft in einer künftigen Gesellschaft ist eine hochgradig konflikträchtige Angelegenheit. Eine zukunftsorientierte Politik der Linken muss unter diesem Gesichtspunkt darauf gerichtet sein, eigenes Handeln in seiner Widersprüchlichkeit zu begreifen und in der eigenen Organisationswirklichkeit eine Kultur konstruktiver Lösung von Widersprüchen durch Selbstveränderung zu entwickeln.